

Inhalt

- 2 Mietrechtsreform:** „Das Mietrechtsänderungsgesetz geht in die richtige Richtung“, erklärte der BSI-Vorsitzende Walter Rasch anlässlich der ersten Lesung des Gesetzes im Bundestag.
- 3 Städtebauförderung:** Bauministerkonferenz und Bundesrat haben Ende September eine verlässliche Ausstattung in Höhe von mindestens 534 Millionen Euro gefordert.
- 4 „Herbst der Entscheidungen“:** Die Berliner Wohnungswirtschaft beklagt, dass der Wohnungsbau in den jüngsten politischen Entscheidungen zu wenig berücksichtigt wird.

Demografischer Wandel: Weitere Haushaltsmittel für altersgerechten Umbau auch 2012 notwendig

Berlin – Anlässlich der Beratungen zum Bundeshaushalt 2013 hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 25. September 2012 ein Positionspapier zur demografischen Entwicklung in Deutschland mit dem Titel „Jung und Alt gemeinsam für ein sicheres Leben in Wohlstand – heute und in Zukunft“ vorgelegt. Das deutsche Baugewerbe forderte in diesem Kontext, das altengerechte Umbauen wieder in die Förderung aufzunehmen.



Foto: KfW-Bildarchiv / Fotograf: Thomas Klewar

So lange wie möglich im vertrauten Umfeld wohnen – dafür sind im Haushalt 2013 dringend wieder Mittel für den altersgerechten Umbau von Bestandswohnungen notwendig.

Aus Sicht des Zentralverbands des Deutschen Baugewerbes müssen für den Haushaltstitel zum Altersgerechten Umbauen mindestens 80 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. „Dass nur drei Prozent der 39 Millionen Wohneinheiten in Deutschland einem altersgerechten Standard entsprechen, ist allseits bekannt. Ebenso bekannt ist, dass unsere Gesellschaft altert, dass die Zahl älterer Menschen eklatant ansteigen wird. Wir verstehen nicht, dass die Politik derart blauäugig ist und im Haushaltsentwurf 2013 erneut keine Mittel für das überaus erfolgreiche Programm zum altersgerechten Umbau

von Bestandswohnungen zur Verfügung stellt, nachdem sie bereits im vergangenen Jahr den entsprechenden Haushaltstitel auf Null gesetzt hatte“, erklärte der Hauptgeschäftsführer des Zentralverbandes des Deutschen Baugewerbes, **Felix Pakleppa**. Die Studie „Wohnen im Alter“ des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung aus 2011 zeige, dass kurzfristig ein Mehrbedarf von 2,5 Millionen altersgerechten und barriere-reduzierten Wohnungen bestehe – dieser werde bis 2030 auf drei Millionen ansteigen.

Weiter auf Seite 2 ➔

Aktuelle Meldungen

Bund-Länder-Bericht zum Stadtumbau Ost beschlossen

Das Bundeskabinett hat am 26. September 2012 den Bund-Länder-Bericht zum Programm Stadtumbau Ost beschlossen. Das Städtebauförderungsprogramm wurde vor 10 Jahren gemeinsam aufgelegt. Über 400 Städte und Gemeinden nutzen es, um die Folgen des demografischen und wirtschaftlichen Strukturwandels zu bewältigen. Bund, Länder und Kommunen haben dafür über 2,7 Milliarden Euro für Investitionen zur Verfügung gestellt. (wi)

Lebenserwartung in Deutschland erneut gestiegen

Die Lebenserwartung in Deutschland beträgt nach der auf die aktuellen Sterblichkeitsverhältnisse bezogenen Periodensterbetafel 2009/2011 für neugeborene Jungen 77 Jahre und neun Monate und für neugeborene Mädchen 82 Jahre und neun Monate. Wie das Statistische Bundesamt weiter mitteilte, erhöhte sich im Vergleich zur vorherigen Sterbetafel 2008/2010 die Lebenserwartung für neugeborene Jungen um drei Monate und für Mädchen um zwei Monate. (wi)

Zahl der alleinlebenden älteren Frauen gesunken

In Deutschland wohnten im Jahr 2011 knapp 45 Prozent der Frauen ab 65 Jahren allein in einem Einpersonenhaushalt. Im Vergleich zu 1991 ist dieser Anteil deutlich gesunken. Damals lebte noch mehr als die Hälfte der über 65-Jährigen (55 Prozent) allein. Das teilte das Statistische Bundesamt zum Internationalen Tag der älteren Menschen am 1. Oktober 2012 mit. (wi)

➔ Fortsetzung von Seite 1

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat in ihrem Positionspapier zur demografischen Entwicklung in Deutschland vom 25. September 2012 ebenfalls die Fortführung des Programms zum altengerechten Umbau gefordert. „Die Bewältigung des demografischen Wandels gehört zu den großen Herausforderungen der Städte, Gemeinden und Landkreise“, erklärte dazu der kommunalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Peter Götz**. Auch die Stadtentwicklung müsse darauf Antworten bieten. Dazu gehörten die Stärkung der Stadtzentren und der Ortskerne genauso wie die Schaffung eines barrierearmen Wohnumfelds. Auf diesem Gebiet sei die Städtebauförderung weiterzuentwickeln. „Vor allem der altersgerechte Umbau von Wohnungen muss forciert werden“, so Götz. „Ältere Menschen möchten so lange wie möglich in ihrem vertrauten Wohnumfeld wohnen. Deshalb sollte das im Jahr 2012 ausgesetzte Bundesprogramm ‚Altersgerecht Umbauen‘ in der Zuschussvariante fortgeführt werden. Um zusätzliche Effizienzgewinne zu erzielen, sollte der altersgerechte Umbau so weit wie möglich mit energetischen Gebäudesanierungsmaßnahmen verbunden werden.“

„Diese Positionierung der CDU/CSU-Frak-

KOMMENTAR

Dr. Claus Wedemeier
GdW-Referent
Wohnen für ein langes Leben



Foto: Sebastian Schobbert

Die im GdW und seinen Regionalverbänden organisierten Unternehmen haben bei altersgerechten Umbauten und bei Dienstleistungen eine Vorreiterrolle übernommen: Schon heute sind rund 350.000 GdW-Wohnungen barrierearm oder barrierefrei. Das sind sechs Prozent aller GdW-Wohnungen. Zudem können Mieter in GdW-Unternehmen häufig spezielle Dienstleistungen und Pflegeangebote für Ältere abrufen, die zunehmend durch neue technische Assistenzsysteme ergänzt werden. Dies kann dazu beitragen, die sozialen Sicherungssysteme und Kommunen von den deutlich höheren Kosten

tion begrüßen wir sehr und hoffen, dass die Unions-Abgeordneten ihrem Positionspapier nun auch Taten folgen lassen werden“, erklärte Pakleppa. „Die demografische Entwicklung ist eine der größten Herausforderungen unserer Gesellschaft. Die Bauwirtschaft ist bereit, ihren Teil zur Lösung dieser Aufgabe beizutragen. Angesichts der

einer stationären Versorgung zu entlasten. Denn Kommunen, Pflegekassen und auch die Menschen sind finanziell damit überfordert, Ältere und Pflegebedürftige überwiegend in stationären Einrichtungen unterzubringen. Allein aus ökonomischer Sicht besteht damit die Notwendigkeit, dass Menschen ihren Wünschen entsprechend möglichst lange in ihrer Wohnung verbleiben können. Die Voraussetzungen für ein langes Leben im vertrauten Umfeld sind altengerecht gestaltete Wohnungen, die Bereitstellung entsprechender technischer Assistenzsysteme und die Erbringung von individuellen Dienstleistungen. Die Wohnungswirtschaft fordert daher insbesondere den Wiedereinstieg des Bundes in die Förderung des KfW-Programms Altersgerecht Umbauen und die erneute Einführung der Zuschusskomponente.

auf uns zukommenden Aufgaben sind 80 Millionen Euro ohnehin nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Der energetische Umbau des Wohnungsbestandes und demografisch bedingte Sanierungsmaßnahmen sind essenzielle Bestandteile einer konsistenten Wohnungsbaupolitik“, erklärte Pakleppa abschließend. (schi) ■

Erste Lesung des Mietrechtsänderungsgesetz im Bundestag: Energiewende kann nur mit Vermietern und Mietern gemeinsam gelingen

Berlin – „Das Mietrechtsänderungsgesetz geht in die richtige Richtung. Die Energiewende kann nur gelingen, wenn die Vereinbarkeit von Klimaschutz und Mietrecht gesetzlich neu geregelt wird“, erklärte Walter Rasch, Vorsitzender der Bundesvereinigung Spitzenverbände der Immobilienwirtschaft (BSI) und Präsident des Bundesverbands Freier Immobilien und Wohnungsunternehmen (BFW), anlässlich der ersten Debatte zum Mietrechtsänderungsgesetz im Deutschen Bundestag am 27. September 2012.

„Das Mietrechtsänderungsgesetz 2012 soll in erster Linie die energetische Modernisierung von vermietetem Wohnraum unterstützen. Dies ist sicherlich auch notwendig. In der aktuellen Diskussion zum Mietrechtsänderungsgesetz wird aber leider verkannt, dass die energetische Modernisierung von Wohnraum ohne den Vermieter nicht gelingen wird“, sagte **Axel Gedaschko**, Präsident des GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen. „Damit der Vermieter mit der energetischen Sanierung von Wohnraum loslegen kann, müssen unzeitgemäße formale Hürden im Mietrecht beseitigt werden. Deshalb ist es richtig, dass die Bunderegierung mit diesem Gesetz etwa bei der Ankündigung einer Modernisierungsmaßnahme oder dessen Duldung bestehende Anforderungen im Mietrecht senkt und das ausgewogene

Verhältnis zwischen Vermieter und Mieter wahr“, so Gedaschko weiter. „Wer diese Mietrechtsreform aber nutzen möchte, um andere Forderungen durchzusetzen, verkennt die eigentliche Zielrichtung dieses Gesetzes.“ Die sich aus der Energiewende ergebenden Herausforderungen seien eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die auch im Mietrecht nur gemeinsam gelingen könne, stellte der GdW-Präsident klar. „Grabenkämpfe eignen sich hierfür nicht. Wir brauchen ein gerechtes Mietrecht, das die Belange von Vermieter und Mieter ausgewogen berücksichtigt“, so Gedaschko.

Vor dem Hintergrund steigender Energiepreise, Klimaschutzaufgaben sowie stagnierender Einkommen und der damit verbundenen Problematik, bezahlbaren Wohnraum für einkommensschwache Haushalte vorzu-

halten, befasst sich der Deutsche Bundestag aktuell mit der Anpassung des Mietrechts. Im Hinblick auf die politische Zielsetzung, der energetischen Sanierung einen neuen Impuls zu geben, ist es aus Sicht der Spitzenverbände der Immobilienwirtschaft dringend notwendig, gerechte gesetzliche Bestimmungen zwischen Vermietern und Mietern insbesondere hinsichtlich der Duldungspflicht von energetischen Modernisierungen durch den Mieter zu schaffen. Denn es sind die Vermieter, die in Vorleistung bei der energetischen Sanierung treten und das wirtschaftliche Risiko zu tragen haben.

„Die im Entwurf vorgesehenen Regelungen zum sogenannten Contracting müssen jedoch überdacht werden. Mit der jetzt vorgeschlagenen Regelung würden die

Weiter auf Seite 3 ➔

Bauministerkonferenz und Bundesrat fordern Anhebung der Städtebauförderung auf 534 Millionen Euro

Saarbrücken – Im Rahmen der 123. Bauministerkonferenz (BMK) haben sich die für Städtebau, Bau- und Wohnungswesen zuständigen Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren der Länder am 21. September 2012 in Saarbrücken insbesondere mit der Änderung der Musterbauordnung befasst. Die Änderungen beinhalten Erleichterungen, Präzisierungen und notwendige Anpassungen an das Recht der Europäischen Union.

Wichtige zukünftige Aufgaben der Städtebauförderung sind laut BMK insbesondere die Energiewende, der demografische Wandel sowie die Sicherung der Funktionsfähigkeit der Innenstädte und historischer Stadtkerne. Auch die Abnahme der Bevölkerung und die Sicherung der Daseinsvorsorge – besonders in kleinen Städten und Gemeinden im ländlichen Raum – seien Problemfelder, die der Hilfe der Städtebauförderung bedürfen. „Die Sicherung der städtischen Gesellschaften und der soziale Zusammenhalt wird eine weitere Zukunftsaufgabe sein. Die Städtebauförderung muss dabei verstärkt fachübergreifende Unterstützung anbieten“, sagte Monika Bachmann, Vorsitzende der Bauministerkonferenz und Ministerin für Inneres und Sport des Saarlandes. Zur Bewältigung dieser Aufgaben bedürfe die Städtebauförderung einer verlässlichen Finanzausstattung durch den Bund, mindestens in Höhe von rund 534 Millionen Euro an Bundesmitteln wie im Jahr 2010.

Auch der Bundesrat einigte sich in seiner – am gleichen Tag stattfindenden – Beratung über den Bundeshaushaltsplan für 2013 und den Finanzplan des Bundes 2012 bis 2016 auf die Forderung, die Haushaltsansätze für die Städtebauförderung wieder

auf das Niveau des Jahres 2010 anzuheben und das bestehende CO₂-Gebäudesanierungsprogramm der KfW Bankengruppe deutlich besser auszustatten. Zur Festlegung der Höhe der vom Bund zu leistenden Kompensation für die im Rahmen der ersten Föderalismusreform vorgenommenen deutlichen Reduzierung von Mischfinanzierungen für die Zeit ab 2014 sei eine rasche Lösung unerlässlich. Die Länder und die betroffenen Kommunen benötigten dringend Planungssicherheit. Die Kompensationsleistungen sind laut Bundesrat „im Lichte weiterhin bestehender und teilweise gestiegener Anforderungen sowie der Kostenentwicklung anzupassen.“ Der Bundesrat forderte den Bund auf, den berechtigten Interessen der Länder nachzukommen und schnellstmöglich eine Einigung mit ihnen zu suchen. Darüber hinaus erwartet der Bundesrat von der Bundesregierung weiterhin flankierende Maßnahmen zur Abfederung der mit der Bundeswehrreform verbundenen Schließung von Standorten. Geeignete Maßnahmen seien beispielsweise die Finanzierung zusätzlicher Infrastrukturprojekte, zusätzliche Städtebauförderungsmittel sowie Ausgleichszahlungen des Bundes. Darüber hinaus erwartet der Bundesrat, dass über geeignete Regelungen die Bun-

desanstalt für Immobilienaufgaben in die Lage versetzt wird, strukturpolitische Ziele des Bundes, der Länder und Kommunen ausdrücklich zu unterstützen.

Die Bauminister einigten sich bei ihrem Treffen im Saarland darüber hinaus auf eine genauere Definition des Begriffs der Barrierefreiheit. „Durch die neue Vorschrift zur Präzisierung der Barrierefreiheit wird die Formulierung des Behindertengleichstellungsgesetzes aufgegriffen und den Belangen der Menschen mit Behinderung, soweit sie bauordnungsrechtlich regelbar sind, in weiten Bereichen entsprochen“, so die BMK-Vorsitzende Bachmann. Ebenfalls präzisiert wird die Vorschrift über Einrichtungen für Personen mit Pflegebedürftigkeit oder Behinderungen, die sich bei einem Brandfall nur eingeschränkt selbst retten können. „Die Änderung führt auch zu Erleichterungen zum Beispiel beim Einsatz erneuerbarer Energien sowie bei Maßnahmen für Klimaschutz und Energieeinsparungen“, erklärte Bachmann. Die Musterbauordnung dient der Vereinheitlichung der einzelnen Bauordnungen der Länder und stellt einen Orientierungsrahmen für deren Bauordnungsgesetzgebung dar. (schi) ■

➔ Fortsetzung von Seite 2

Unternehmen von den Möglichkeiten des Contractings deutlich weniger Gebrauch machen. Hier brauchen wir eine unbürokratische und praktikable Lösung, wie wir sie aufgrund der Rechtsprechung für neuere Verträge ohnehin schon haben“, merkte der BSI-Vorsitzende **Walter Rasch** zu den Änderungsvorhaben der Koalition an. Um den Herausforderungen der Energiewende auch im Mietrecht alsbald entgegenzutreten zu können, fordern die Spitzenverbände der Immobilienwirtschaft, das Gesetzgebungsverfahren zügig und zeitnah zum Abschluss zu bringen.

Stimmen aus der Politik

Anlässlich der Debatte zum Mietrechtsänderungsgesetz im Deutschen Bundestag erklärte der baupolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, **Sebastian Körber**: „Unser Mietrecht muss sich der Aufgabe stellen, neben angemessenen

Verwertungsbedingungen für die Vermieter und dem erforderlichen sozialen Schutz für die Mieter auch die energetische Sanierung des Mietwohnungsbestands zu fördern.“ Maßnahmen zur Gebäudesanierung oder zur Steigerung der Energieeffizienz würden zu Vorteilen sowohl durch Wertsteigerungen für Vermieter als auch für Mieter durch niedrigere Nebenkosten führen, denn wirtschaftlich entscheidend für den Mieter sei nicht die erhöhte Nettokaltmiete, sondern die Bruttomiete einschließlich Heizkosten. „Alle Bürger profitieren durch die nachhaltige CO₂-Einsparung“, so Körber weiter. „Auch der nun gesetzlich geregelte Anspruch, Wärmelieferkosten auf den Mieter umzulegen, wenn der Vermieter von der Eigenversorgung des Gebäudes auf eine gewerbliche Wärmelieferung („Contracting“) umstellt, kann einen Beitrag zur effizienteren Versorgung von Gebäuden mit Wärme oder Warmwasser und damit für den Klimaschutz leisten.“

Kritische Stimmen kamen von Seiten der Opposition. **Heidrun Bluhm**, bau- und wohnungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, kommentierte: „Schon heute zahlen laut neuester Studien bis zu 40 Prozent aller Haushalte Deutschlands mehr als 50 Prozent ihres Haushaltseinkommens für Miete, Nebenkosten und Heizung.“ Der zuständige Berichterstatter im Rechtsausschuss, **Ingo Eglhoff**, und der wohnungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, **Michael Groß**, erklärten: „Der Mieterbund stellt fest, dass Altmietern durch Modernisierungsmaßnahmen verdrängt werden, da bei Neuvermietungen die Mieten wesentlich stärker erhöht werden können. Die Folge: Das soziale Gefüge der Städte verschiebt sich.“ Besonders betroffen seien Rentner und Alleinerziehende.

(bey/burk/schi) ■

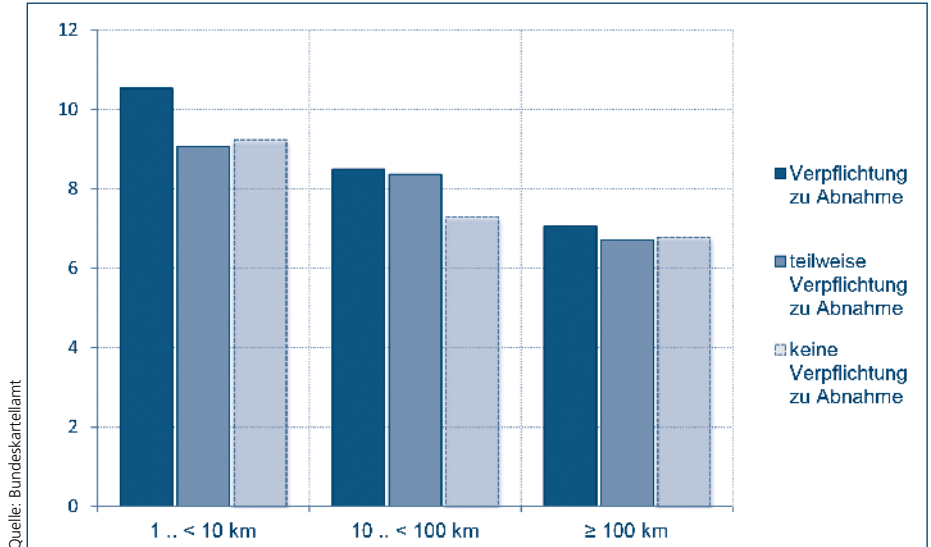
Fernwärme: Bundeskartellamt legt Ergebnisse seiner Sektoruntersuchung vor

Berlin – Das Bundeskartellamt hat den Abschlussbericht seiner im September 2009 eingeleiteten Sektoruntersuchung Fernwärme veröffentlicht. Die Untersuchung weist klare wettbewerbliche Defizite auf den Fernwärmemärkten nach. Die vor Ort etablierten Versorger seien praktisch keinem Wettbewerb ausgesetzt. Für ein flächendeckend überhöhtes Preisniveau im Fernwärmesektor gibt die Untersuchung aber keine deutlichen Hinweise. Allerdings seien die Unterschiede zwischen den Preisen in den einzelnen Netzgebieten erheblich und betrügen in einigen Fällen über 100 Prozent.

Maßgebliche Kostenfaktoren bei der Fernwärmeversorgung seien die Anlagen- und Netzinfrastruktur sowie die Brennstoffbeschaffung. Es habe sich gezeigt, dass Kohle der günstigste Brennstoff ist, während bei der Verwendung von Gas oder Öl deutlich höhere Kosten anfallen. Die Sektoruntersuchung verdeutlicht ferner, dass die Preise in Gebieten, in denen eine durch die Kommune auferlegte Verpflichtung zum Anschluss an das Fernwärmenetz besteht, tendenziell höher seien (siehe Abbildung). Das Bundeskartellamt empfiehlt daher, auf die Einräumung solcher rechtlichen Monopolstellungen zu verzichten.

Des Weiteren empfiehlt die oberste deutsche Wettbewerbsbehörde die gesetzliche Einbeziehung der Fernwärme in die für andere Energiearten geltende verschärfte Missbrauchsaufsicht. Eine Netzregulierung im Fernwärmesektor sei nicht sinnvoll, weil sich Durchleitungen von Fernwärme durch Dritte wegen des in sich abgeschlossenen Wärmekreislaufs technisch und ökonomisch schwierig gestalten. Durchleitungen würden voraussichtlich auf Einzelfälle beschränkt bleiben und könnten daher auch keinen Wettbewerbsdruck entfalten.

Die Sektoruntersuchung ist für das Bun-



Durchschnittserlöse nach Netzategorie in Abhängigkeit vom Bestehen einer Abnahmeverpflichtung (2008).

deskartellamt eine wichtige Grundlage, um möglichen Missbrauch von Marktmacht aufzudecken und gegebenenfalls Verfahren gegen die besonders teuren Versorger einzuleiten. Das Bundeskartellamt beabsichtigt nun, zunächst diejenigen Netzgebiete mit den höchsten Erlösen in den Jahren 2007 und 2008 genauer zu untersuchen. Dazu sollen im ersten Schritt die vorhandenen Daten für die Jahre 2009 bis

2011 aktualisiert werden. Anschließend soll geklärt werden, inwieweit sich die teils erheblichen Preisunterschiede auf strukturelle Unterschiede zwischen den Versorgungsgebieten zurückführen lassen.

(voglschi) ■

► Die ausführlichen Ergebnisse der Sektoruntersuchung finden Sie unter www.bundeskartellamt.de

AUS DEN VERBÄNDEN

„Herbst der Entscheidungen“: Berliner Wohnungswirtschaft beklagt fehlende Berücksichtigung des Wohnungsbaus

Berlin – „Es ist gut, dass die Regierungskoalition mit ihren Beschlüssen Handlungsfähigkeit beweist. Aber: Wo bleibt der Wohnungsbau?“ kommentierte Maren Kern, Vorstandsmitglied bei Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU), die Entscheidungen der Berliner Landtagsfraktionen von SPD und CDU vom 25. September 2012.

„Berlin braucht dringend eine klare Weichenstellung für mehr Wohnungen. Es ist schade, dass die Fraktionen hierzu gestern praktisch nichts gesagt haben“, so Kern weiter. Mit den Beschlüssen seien zudem hohe Kosten und Risiken für das Land Berlin verbunden. Zumindest Teile dieses Geldes sollten besser für eine Förderung des Wohnungsneubaus eingesetzt werden.

ICC-Sanierung = 3.000 mietengünstige Wohnungen

„Allein mit den für die Sanierung des ICC eingeplanten 200 Millionen Euro könnte

der Bau von rund 3.000 mietengünstigen Wohnungen gefördert werden“, rechnete Kern vor. Würde das Geld im Rahmen einer Förderung für eine Mischfinanzierung eingesetzt, wären dadurch für diesen Neubau Nettokaltmieten von rund 6,50 Euro pro Monat und Quadratmeter möglich.

Tegel – Wohnstandort!

Mit Blick auf die Planungen für die Nachnutzung des Flughafens Tegel erklärte Kern: „Angesichts der Entwicklung am Wohnungsmarkt ist es fraglich, ob Berlin sich den Luxus neuer Großgewerbegebiete

in guten Lagen wirklich leisten kann. Bei den weiteren Planungen sollte deshalb auf jeden Fall ein wesentlich größerer Flächenanteil für Wohnbebauung vorgesehen werden, als bisher angedacht. Bei intelligenter Flächenaufteilung müssen Wohnen und Gewerbe kein Widerspruch sein.“

Viel Grün und eine gute Verkehrsanbindung, vor allem aber ein vergleichsweise geringeres Konfliktpotenzial mit Anwohnern als beispielsweise in Tempelhof machen die Flughafenfläche zu einem idealen Wohnstandort.

(ebelschi) ■

Grundlagen der Immobilienfinanzierung

24. Oktober 2012, Bochum

Dieses Seminar bietet einen Überblick über die Finanzierungsanforderungen seitens der Bank sowie zusätzlicher Kosten, die mit dem Immobilienerwerb verbunden sind. Es stattet Immobilienmakler mit dem notwendigen Fachwissen aus, um potenzielle Kunden in Finanzierungsfragen beraten und betreuen zu können. Die Teilnehmer verschaffen sich durch dieses Wissen auch einen erheblichen Vertriebsvorsprung, da der akzeptierte Kaufpreis oftmals mit der Frage nach der Finanzierungsmöglichkeit und monatlicher Belastung zusammenhängt.

Weitere Infos: EBZ, Claudia Bovenschulte, Telefon: 0234/9447515, E-Mail: c.bovenschulte@e-b-z.de, Internet: www.e-b-z.de

PowerPoint professionell einsetzen

25. Oktober 2012, Stuttgart

In diesem Seminar lernen die Teilnehmer PowerPoint in der Version 2002/2003 kennen. Das Programm ermöglicht es, auch komplexe Zusammenhänge anhand von Folien visuell und professionell darzustellen. Im Seminarverlauf werden die Teilnehmer während der Erstellung einer kleinen Präsentation mit den wichtigsten Funktionen des Programms vertraut gemacht. Übungsphasen helfen ihnen, das neu erworbene Wissen direkt anzuwenden und zu vertiefen. Allen Seminarteilnehmern/innen steht ein eigener PC zur Verfügung.

Weitere Infos: AWI GmbH, Jo Frey, Telefon: 0711/16345602, E-Mail: frey@awi-vbw.de, Internet: www.awi-vbw.de

Modernisierung im Bestand

25. Oktober 2012, Wiesbaden

In dem Seminar wird sehr praxisnah aufgezeigt, welche Möglichkeiten der Bestandsmodernisierung bestehen – und zwar technisch, ökologisch und natürlich ökonomisch. Die komplexe Entscheidung der Investition größerer Beträge in bestehende Wohnanlagen wird diskutiert. Dabei soll mit den Teilnehmern auch der Sinn und Unsinn aktueller Auflagen und Gesetzgebungen im Rahmen eines Erfahrungsaustausches angesprochen werden.

Weitere Infos: SFA, Kari Epper-Uhmann, Telefon: 0611/174637511, E-Mail: k.epper@sfa-immo.de, Internet: www.sfa-immo.de

Diplomatisch und zeitgemäß korrespondieren

29. Oktober 2012, Berlin

In diesem Seminar lernen die Teilnehmer, Konfliktsprache zu erkennen und ihr durch diplomatische Formulierungen in Brief- und E-Mail-Verkehr zu begegnen. Sie vertiefen ihre Sprachkenntnisse und können ihre Anliegen serviceorientiert, zeitgemäß und bestimmt artikulieren, um Konfliktsituationen mit Hilfe von Antwortschreibern erfolgreich zu parieren.

Weitere Infos: BBA, Nico Krüger, Telefon: 030/23085521, Internet: www.bba-campus.de/kalender

PERSÖNLICHES

Hartmut Sörensen, Geschäftsführer der Grundstücks-Gesellschaft ‚Trave‘ mbH, feierte am 27. September 2012 seinen 65. Geburtstag. Er ist Delegierter zum GdW-Verbandstag.

Anzeige

DR. KLEIN
DIE PARTNER FÜR IHRE FINANZEN

Konditionen am 02.10.2012 für wohnungswirtschaftliche Finanzierungen:

Zinsbindung	Sollzins	effektiv
5 Jahre	1,69%	1,70%
10 Jahre	2,32%	2,35%
15 Jahre	2,71%	2,75%

Bedingungen: Erststellige Grundschuld auf wohnungswirtschaftlichen Objekten
Beleihungsauslauf 60%
Darlehensbetrag: > 250 TEUR/Objekt
Auszahlung: 100%, Tilgung: 1% p. a.
3 Monate bereitstellungszinsfrei
keine Gutachterkosten oder Bearbeitungsgebühren

Zinsentwicklung bis 02.10.2012
Bestkundenkonditionen (Sollzins) der Partner von Dr. Klein

← 6 Monate →

März 12 Mai 12 Juni 12 August 12 Oktober 12

Zurückliegende Veröffentlichungen zur Zinsentwicklung finden Sie unter www.drklein.de/newsletterarchiv-firmenkunden.html

Quelle: Dr. Klein & Co. AG, Hansestraße 14, 23558 Lübeck, Tel. (0451) 1408-1200, www.drklein.de

IMPRESSUM

WI Wohnungspolitische Informationen

Herausgeber:
GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V.

Chefredakteurin:
Katharina Burkardt

Redaktion:
Klaus Schrader, Andreas Schichel

Anschrift der Redaktion:
Mecklenburgische Straße 57
14197 Berlin
Tel. 030 82403-151
Fax 030 82403-159
E-Mail: redaktion@wi-aktuell.de

Verlag:
Haufe-Lexware GmbH & Co. KG
Munzinger Straße 9
79111 Freiburg

Standort Hamburg
Tangstedter Landstraße 83
22415 Hamburg
Tel. 040 520103-0
Fax 040 520103-12

Aboverwaltung:
Telefon (kostenfrei) 0800 7234249
Telefax (kostenfrei) 0800 5050446
E-Mail: Zeitschriften@haufe.de

Druck: Dobler-Druck, Alfeld

Bezugspreis jährlich:
107 Euro inkl. 7 % MwSt. inkl. Versand
Erscheinungsweise wöchentlich, Abonnement-
kündigungen sind schriftlich mit einer Frist von
6 Wochen zum Quartalsende möglich.

© by Haufe-Lexware GmbH & Co. KG
Nur Originalbeiträge. Für unverlangt einge-
sandte Manuskripte übernehmen wir keine
Haftung. Nachdruck oder elektronische Wei-
terverarbeitung von Beiträgen und Nachrichten
oder Teilen daraus nur nach schriftlicher
Genehmigung durch den Verlag gestattet.

ISSN 1610-2207



Die Web-Präsenz der **wi** ist umgezogen.
Sie finden sie unter www.haufe.de/immobilien in der Fußzeile „Zeitschriften“.

Bei Problemen mit der Anmeldung hilft das Haufe-Service-Center unter **0800-7234249** (kostenlos) gern weiter.

Die Verbände der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft in Deutschland bei der EXPO REAL 2012 in München, Halle B2, Stand 220/221

Montag, 8. Oktober 2012

11:00 Uhr

Standeröffnung
durch **Walter Rasch** Präsident des BFW

im Anschluss

„Und sie bewegt sich doch...“

Die Präsidenten der Immobilienverbände im Dialog

Walter Rasch Präsident des BFW

Axel Gedaschko Präsident des GdW

Jens-Ulrich Kießling Präsident des IVD

Dr. Andreas Mattner Präsident des ZIA

Thomas Meier Präsident des BVI

Wolfgang D. Heckeler Präsident des DDIV

Jens Tolckmitt Hauptgeschäftsführer des vdp

Moderiert durch Miriam Beul, Journalistin

12:15 - 12:30 Uhr

Verleihung DIA-Forschungspreis

Dr. Nils Schmid Wirtschafts- und Finanzminister von Baden-Württemberg

Jens-Ulrich Kießling Präsident des IVD

Peter Graf Geschäftsführer der DIA

Prof. Dr. Heinz Rehkugler Studienleitung DIA und CRES

13:30 - 14:00 Uhr

Strategien für bezahlbares Wohnen in Metropolen – Das Beispiel Berlin

Michael Müller, (MdB) Bürgermeister und Senator für Stadtentwicklung und Umwelt in Berlin

Maren Kern Vorstandmitglied des BBU

Matthias Klussmann Vorsitzender des BFW

Landesverband Berlin/Brandenburg

Thomas Zinnöcker Vizepräsident des ZIA,

Vorsitzender des Vorstandes der GSW

Immobilien AG

Dirk Wohlfarth Regionsvorsitzender des IVD

Berlin-Brandenburg

Jörg Franzen Vorstand der GESOBAU AG

14:50 Uhr

Standbesuch

Dr. Peter Ramsauer (MdB) Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

15:30 Uhr

Neubau nur noch für Reiche? Wer baut was für wen und was sucht der Markt

Walter Rasch Präsident des BFW

Axel Gedaschko Präsident des GdW

Jens-Ulrich Kießling Präsident des IVD

Wolfgang D. Heckeler Präsident des DDIV

Andreas Engelhardt Mitglied des Präsidiums des ZIA, Geschäftsführer Prelios Immobilien

Management GmbH

Marc Stilke Geschäftsführer ImmobilienScout24

16:00 Uhr

Standbesuch – Zukunft Wohnen

Dr. Carsten Kühl Finanz- und Bauminister

Rheinland-Pfalz

16:30 Uhr

Die Auswirkungen der Energiewende auf

Neubau und Bestand

Walter Rasch Präsident des BFW

Axel Gedaschko Präsident des GdW

Matthias Böning Mitglied des Präsidiums des ZIA, Vorsitzender des Vorstandes mfi

Prof. Dr. Heinz Rehkugler Studienleitung DIA und CRES

18:00 Uhr

Messe Chill-Out

Dienstag, 9. Oktober 2012

11:00 Uhr

Nehmen ist einfacher als sparen!

Steuerpläne der nächsten Legislaturperiode

Ira von Cölln Bundesgeschäftsführerin des BFW

Ingeborg Esser Hauptgeschäftsführerin des GdW

Carsten Rothbart

Leiter Steuern und Finanzen des ZIA

Hans-Joachim Beck Leiter Abteilung Steuern des IVD

Moderiert durch Susanne Osadnik, Journalistin

12:00 Uhr

Berufsstand Immobilienverwalter und Makler: Anforderungsprofil und

Zugangsvoraussetzungen

Jens-Ulrich Kießling Präsident des IVD

Thomas Meier Präsident des BVI

Wolfgang D. Heckeler Präsident des DDIV

Klaus Leuchtmann Vorstandsvorsitzender des EBZ

13:00 Uhr

Energetische Sanierung, Klimaschutz und Energieeffizienzmodelle – Wohnungswirtschaft als Teil der Lösung

Holger Radtke Leiter B2B und Geschäftsführer der Vattenfall Europe Sales GmbH

Horst Achim Kern Vizepräsident des BFW

Petra Hildebrandt Prokuristin, WoBeGe

Peter Ruwe Chief Sales Officer, ista

Deutschland GmbH

14:00 Uhr

„Ohne Moos nix los“ Herausforderungen 2013 in der Immobilienfinanzierung

Walter Rasch Präsident des BFW

Ingeborg Esser Hauptgeschäftsführerin des GdW

Hans Peter Trampe Vorstandsmitglied

Dr. Klein & Co. AG

Helmut Rausch Vorstandsmitglied, WL BANK AG

Axel von Goldbeck Sprecher der Geschäftsführung des ZIA

15:00 Uhr

Standbesuch

Staatsminister **Joachim Herrmann**

Bayerisches Staatsministerium des Innern

16:00 Uhr

Vermarktungstrends für Immobilien – Marketingkonzepte, Zertifizierung, Digitale Trends

Ingeborg Esser Hauptgeschäftsführerin des GdW

Sun Jensch Bundesgeschäftsführerin des IVD

Dagmar Faltis Geschäftsleitung Gewerbeimmobilien, ImmobilienScout24

Rainer Bormann Geschäftsführer MehrWert-Wohn GmbH

17:00 Uhr

In den Dialog investieren – Bürgerbegehren und Bürgerbeteiligung bei Großprojekten

Walter Rasch Präsident des BFW

Jens-Ulrich Kießling Präsident des IVD

Franz Meiers Mitglied des Präsidiums des ZIA, Geschäftsführer NRW.URBAN Service GmbH

Dr. Christian Lieberknecht Geschäftsführer des GdW

18:00 Uhr

Sektempfang

19:00 Uhr

Standparty mit Live Musik von Benny & Joyce

ermöglicht durch

die freundliche

Unterstützung von:



Mittwoch, 10. Oktober 2012

10:30 Uhr

Drei Modelle zur Preistransparenz:

1. Vorstellung der „vdp-MFH-Immobilienpreisindizes“

Andreas Kunert Senior Analyst Immobilienmarktforschung der vdpResearch GmbH

2. Projekte der Transparenzoffensive zur Erhöhung der Markttransparenz

Jan Hebecker Projektmanagement, Leiter Research und Analysis, ImmobilienScout24

3. Kaufpreisentwicklung – Zeigt die Richtung nur nach oben?

Hans Peter Trampe Vorstandsmitglied Dr. Klein & Co. AG

12:00 Uhr

Personalstrategie und Arbeitsformen der Zukunft – Coworking, nachhaltige

Personalentwicklung und Wege gegen den Fachkräftemangel

Klaus Leuchtmann Vorstandsvorsitzender des EBZ

Thomas Bühnen Prokurist und Studiengangleitung DIA und CRES

Jürgen Feindt Mitglied des ZIA Ausschusses

Bildung und Forschung, Director HR ECE

Projektmanagement G.m.b.H. & Co. KG

Sonja Kury Business Development Gewerbe, ImmobilienScout24

INFO

Die Highlights der Messetage können Sie in einem Messtagebuch auf **Xing** nachlesen. Werden Sie dazu einfach Mitglied in der Gruppe „Wohnungswirtschaft im GdW“. Nachrichten in Echtzeit vom EXPO-Stand bekommen Sie auch über **Twitter**. Noch kein Follower? Dann wird es Zeit! Die wi-Redaktion twittet auf www.twitter.com/gdvwohnen

Quelle: Messe München GmbH



Mat-Nr. 06505-5241